

Gedämpfte Erwartungen an Obamas Nahost-Politik

Koschut, Simon

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Koschut, S. (2008). *Gedämpfte Erwartungen an Obamas Nahost-Politik*. (DGAPaktuell, 8). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-128965>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Gedämpfte Erwartungen an Obamas Nahost-Politik

Mit der Wahl Barack Obamas zum neuen US-Präsidenten stellt sich die Frage, was die künftigen amerikanischen Prioritäten im Nahen und Mittleren Osten sein werden. Wie wird die US-Politik gegenüber Afghanistan, dem Iran, Irak und im Nahost-Konflikt in Zukunft definiert? Welche Perspektiven gibt es aus deutscher Sicht für künftige transatlantische Kooperation in der Region? Bei einer Podiumsdiskussion am 18. November 2008 in der DGAP mit J. Scott Carpenter vom Washington Institute on Near East Policy, dem Referatsleiter Nahost im Auswärtigen Amt, Boris Ruge, sowie der DGAP-Gastwissenschaftlerin Zoé Nautré unter der Moderation des Forschungsdirektors der DGAP, Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, zeigten sich neben Gemeinsamkeiten auch künftige Konflikte im transatlantischen Verhältnis. Der neugewählte US-Präsident Barack Obama wird schon bald und öffentlich mit konkreten Forderungen an die deutsche Außenpolitik herantreten. Der Irak wird dabei jedoch entgegen deutscher Erwartungen kaum eine Rolle spielen. Vielmehr dürfte die neue US-Regierung von Deutschland mehr Soldaten in Afghanistan, eine Verschärfung von Wirtschaftssanktionen gegenüber dem Iran und die Aufnahme von Häftlingen aus Guantanamo Bay erbitten.

Der Nahe und Mittlere Osten steht nicht im Zentrum von Obamas Außenpolitik

Deutschland wird seine Erwartungen an die künftige Außenpolitik der neuen Administration gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten insgesamt dämpfen müssen. Grund dafür sind die enormen innenpolitischen Herausforderungen, vor denen Obama steht. »Der designierte Präsident Obama wird sich verstärkt der Innenpolitik zuwenden, da sich hier seine Wiederwahl 2012 entscheiden wird. Obama wird in vier Jahren von seinen Wählern in erster Linie daran gemessen werden, ob er die Finanzkrise in den Griff bekommen und den Verlust von Arbeitsplätzen verhindert hat«, erläuterte Eberhard Sandschneider.

Der Primat der Innenpolitik gilt in besonderer Weise für den Nahen und Mittleren Osten. »Barack Obama wird auf seinen ersten Auslandsreisen die Region meiden und neben Europa vor allem Länder wie Kenia, Südafrika oder Indonesien besuchen«, sagte Scott Carpenter. Dort könne Obama mit seiner Botschaft vom Wandel eine große Zahl von Menschen mobilisieren und sein Versprechen einer positiveren Wahrnehmung der USA im Ausland direkt einlösen. Der Nahe und Mittlere Osten werde dagegen nicht im Mittelpunkt seiner Außenpolitik stehen. Allerdings werde Barack Obama gar keine andere Wahl haben, als sich mit dem Nahen und Mittleren Osten zu befassen, erklärte Carpenter. »Die Region wird die amerikanische Außenpolitik aufgrund ihrer grenzübergreifenden Probleme und

der Stationierung amerikanischer Truppen bestimmen – ob es Obama gefällt oder nicht.«

Die Politik Obamas gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten wird laut Carpenter insgesamt eher moderat ausfallen. Es wird keine großen Ankündigungen oder mutige Initiativen geben, sondern vielmehr eine Fortführung und den Ausbau bestehender Partnerschaften und Beziehungen.

- Afghanistan

In seinem Wahlkampf hat Obama Afghanistan und Pakistan zur zentralen Front im Kampf gegen den Terror erklärt. Diese Ankündigung wird er nun sukzessive in enger Zusammenarbeit mit dem neuen Kommandeur des US Central Command, General David H. Petraeus, umsetzen. Die Regierung Obama dürfte kurz vor der Amtseinführung mit der Verschiebung von Truppen aus dem Irak nach Afghanistan beginnen, meinte Carpenter. Auf Deutschland könnten daher schon bald konkrete Forderungen nach einer größeren Truppenpräsenz und mehr finanzieller Unterstützung zukommen. Deutschland wird zudem innerhalb der NATO aufgrund seiner nationalen Vorbehalte wie etwa der geographischen Eingrenzung des deutschen Einsatzgebietes auf den Norden Afghanistans erheblich unter Druck geraten.

- Iran

Obama wird laut Carpenter eine realistische Erwartungshaltung gegenüber Teheran einnehmen. Zwar setzt der Präsident auf Verhandlungen ohne Vorbedingungen, macht sich aber keine Illusionen: Ohne die glaubhafte Androhung militärischer und wirtschaftlicher Sanktionen wird der Iran kaum seine nukleare Anreicherung aussetzen. Ruge machte deutlich, dass Deutschland eine weitere Verschärfung der Sanktionen gegen Iran unterstütze, wenn Teheran weiterhin auf Zeit spiele.

- Irak

Der Irak werde entgegen aller Erwartungen eine eher untergeordnete Rolle in der künftigen amerikanischen Außenpolitik einnehmen, sagte Carpenter. Am 31. Dezember 2008 läuft das UN-Mandat für die im Irak

stationierten Koalitionstruppen ab. Das jüngste Abkommen zwischen den USA und dem Irak hat neben der Klärung der rechtlichen Grundlage einer fortgesetzten Präsenz amerikanischer Truppen ein konkretes Abzugsdatum festgelegt. Bis Sommer 2009 sollen sich amerikanische Soldaten aus den Städten auf ihre Stützpunkte zurückziehen. 2011 sollen bis auf wenige Ausnahmen sämtliche US-Truppen das Land verlassen. Für Scott Carpenter ist dies auch ein Ergebnis des von Obama im Wahlkampf aufgebauten Drucks auf die US-Regierung. Obama werde deshalb den Irak nicht als oberste Priorität behandeln, wenngleich er gut beraten sei, das Land nicht gänzlich zu vernachlässigen. Konflikte zwischen Sunniten, Schiiten und Kurden könnten laut Carpenter rasch eine erneute Eskalation im Irak hervorrufen.

- Nahost-Konflikt

Sowohl in Europa als auch in den USA herrscht Übereinstimmung, dass eine Zwei-Staaten-Lösung das einzig gangbare Modell für ein friedliches Zusammenleben von Palästinensern und Israelis ist. Das Problem lag jedoch bisher darin, beide Seiten zu weitreichenden Zugeständnissen zu bewegen. Carpenter geht davon aus, dass Präsident Obama in dieser Frage auf »stille« Verhandlungsdiplomatie setzen wird. Große Gipfeltreffen wie die Annapolis-Konferenz im Jahr 2007 sind deshalb nicht zu erwarten. Die Obama-Administration wird darauf bedacht sein, keine großen Erwartungen zu wecken. Wie Ruge deutlich machte, wird sich Europa allerdings nachdrücklich dafür einsetzen, dass der Lösung des Nahost-Konflikts nach wie vor hohe Priorität gegeben wird.

Hoffnungen setzen Ruge und Carpenter auf eine stärkere Einbeziehung der arabischen Staaten, ausgehend von der Arabischen Friedensinitiative, die jetzt auch stärker von Israel gewürdigt werde. Allerdings bleibt der Ausgang der Wahlen in Israel ein Unsicherheitsfaktor. Siegen Benjamin Netanjahu und der konservative Likud-Block, so Carpenter, sind die Aussichten für ein Friedensabkommen in den kommenden Jahren trübe

Chancen für transatlantische Kooperation

Die Probleme des Nahen und Mittleren Osten sind nur in Zusammenarbeit zwischen Europa, den USA und den Staaten der Region zu lösen. Die Frage steht jedoch im Raum, ob Europa und die USA gemeinsame Lösungsansätze finden können und wollen. Boris Ruge sah neben der Stabilisierung des Irak und Afghanistans den Aufstieg Irans zu einer regionalen Großmacht mit nuklearen Ambitionen, ethnisch-religiöse Konflikte, sowie Terrorismus und die damit verbundene Etablierung nichtstaatlicher Akteure und Netzwerke als die großen Herausforderungen. Doch es sind auch einige positive Entwicklungen in jüngster Zeit zu beobachten. So betonte Zoé Nautré die konstruktive Rolle regionaler Mächte wie Saudi-Arabien und die Golf-Staaten. Sie hob weiterhin hervor, dass sich der Verhandlungsspielraum der USA in den letzten Jahren verringert habe und dass Staaten in der Region zunehmend selber die Initiative ergriffen haben, um regionale Lösungen für regionale Probleme zu finden. Bemerkenswert sei, dass sie sich dabei von den USA distanzieren, ohne USA-feindlich zu sein. Als Beispiele nannte sie den saudischen Plan, mit Iran bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie zusammenzuarbeiten, die türkischen Vermittlungsbemühungen zwischen Syrien und Israel und auch die Bemühungen Katars, bei den libanesischen Präsidentschaftswahlen zu vermitteln.

Während der Amtszeit von Präsident George W. Bush befanden sich Deutsche und Europäer in der komfortablen Situation, dass sie den Forderungen eines im Ausland unbeliebten amerikanischen Präsidenten eine Absage erteilen konnten. Nach der Wahl Obamas folgte nun die Quittung dafür, sagte Eberhard Sandschneider, eine ablehnende Haltung könne Europa nun nicht mehr so leicht einnehmen. Dieses Problem sieht auch Scott Carpenter. »Obama erreicht mit seiner Botschaft vom Wandel über die politischen Eliten hinweg direkt die Menschen in Deutschland und Europa.« Carpenter empfahl, die Berliner Rede von Barack Obama noch

einmal genau zu lesen. Dort sprach der Kandidat von »gemeinsamer Verantwortung«. Diese gemeinsame Verantwortung wird Obama in Form konkreter Ansprüche an Deutschland und Europa zeitnah und öffentlich einfordern. Mit der Schließung des Gefangenenlagers in Guantanamo Bay stellt sich die Flüchtlingsfrage: wird Deutschland freigelassene Terrorverdächtige aufnehmen, denen in ihren Heimatländern Folter droht?

Mit der strategischen Verlagerung auf Afghanistan stellt sich die Frage nach einem gerechteren Lasten-



Zoé Nautré, Scott Carpenter, Professor Eberhard Sandschneider und Boris Ruge

ausgleich: Wird Deutschland mehr Truppen und zivile Kräfte nach Afghanistan entsenden und das Mandat für die Bundeswehr ausweiten? Im Iran stellt sich die Frage von Wirtschaftssanktionen: wenn die USA den Dialog mit Teheran führen, wird sich Deutschland umgekehrt zu härteren Wirtschaftssanktionen bereit erklären? Carpenter regte an, dass Deutschland jetzt konkrete Angebote für Behandlung dieser Fragen schafft. Dabei kann die Bundesrepublik ihr Ansehen und Vertrauen in der Region einbringen. Wie Boris Ruge erläuterte, verfügt Berlin neben seiner strategischen Partnerschaft mit Israel über gute Beziehungen zu den arabischen Ländern und zur Palästinensischen Autonomiebehörde sowie Kommunikationskanäle mit Syrien und dem Iran. Deutschland begrüßt sich

abzeichnende Dialogbereitschaft der USA gegenüber
Syrien und Iran.

Zoé Nautré wies darauf hin, dass es mit der Wahl Barack Obamas die Gelegenheit für einen Neuanfang in der amerikanischen Außenpolitik gegenüber der arabischen Welt gebe. Die Wahl eines Afro-Amerikaners habe vielen Arabern gezeigt, dass es in den USA wirkliche Chancengleichheit gebe. Dies habe die Faszination durch das demokratische System der USA wiederbelebt. Viele setzten große Hoffnungen auf die neue Administration, dass diese den Arabern auf gleicher Augenhöhe begegnen werde. Zoé Nautré hob weiterhin hervor, dass die Bedeutung des »tone of engagement« nicht zu unterschätzen sei. Auch wenn Obama vielleicht in der Substanz nicht viel verändern werde oder könne, so könne allein die Art seines Engagements die Beziehungen mit der arabischen Welt schon sehr verbessern. Daneben sei die Abstimmung europäischer und amerikanischer Politikansätze gegenüber der Region verbesserungswürdig. Entscheidend für den Erfolg künftiger transatlantischer Kooperation in der Region ist es daher, die Erwartungen an einen grundsätzlichen Wandel der amerikanischen Außenpolitik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten zu dämpfen und stattdessen konkrete Angebote von deutscher und europäischer Seite in den genannten Konfliktfeldern zu formulieren.



Simon Koschut, Programmmitarbeiter
USA/Transatlantische Beziehungen
<koschut@dgap.org>

The Road ahead: U. S. Foreign Policy in the Middle East
and Future Prospects for Transatlantic Cooperation
(Podiumsdiskussion)

18. November 2008, 18.30 bis 20.30 Uhr

Diskutanten:

J. Scott Carpenter, Projektdirektor für die Förderung von
Reformen in der arabischen Welt (Fikra), The Washington
Institute for Near East Policy

Boris Ruge, Leiter des Nahost-Referats, Auswärtiges Amt

Zoé Nautré, Gastwissenschaftlerin an der DGAP für ameri-
kanische Außenpolitik im Nahen und Mittleren Osten

Moderation:

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, Otto Wolff-Direktor
des Forschungsinstituts der DGAP und Programmleiter
Transatlantische Beziehungen/USA